Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 39 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246. | Hamburg, den 25. September 1920 | Anzeigen kosten die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. | 34. Jahrg.

Die zweite Internationale Konferenz der Zentralverbände im Malergewerbe.

Nach neunjährigen, durch den Krieg gewaltsam herbeigeführter Unterbrechung, trat die Internationale unserer Kollegenschaft auf Einladung ihres Sekretärs, Kollegen Streine, am 10. September in Stuttgart zu einer Konferenz zusammen. — Vertreten waren Dänemark durch Kollegen Poulsen, Kopenhagen; Deutschland durch die Kollegen Streine, Mark, Heirich, Huß; Holland durch Kollegen Jensch und Lansink, Amsterdam; Oesterreich durch Kollegen Böhrer, Wien; Schweden durch Kollegen Ljungquist, Stockholm; die Schweiz durch Kollegen Graf, Zürich. Von der Internationale der Bauarbeiter war Genosse Käppler, Hamburg, anwesend.

Kollege Streine begrüßte die anwesenden Kollegen und Gäste; er gedachte vorerst der verstorbenen Kollegen, besonders der Kollegen Tobler, Wentker, Maar (Wien) und Winge (Christiania), die am Aufbau unseres internationalen Sekretariats in hervorragender Weise mitgewirkt haben. Dann gab er einen Rückblick über die bisherige Entwicklung der Internationale, an der besonders seit ihrer Gründung Kollege Poulsen, Kopenhagen, regen Anteil hat. Der Vertreter des norwegischen Malerverbandes konnte nicht erscheinen, auch von Ungarn ist kein Delegierter anwesend, da es nicht möglich war, mit ihnen seit der Revolution in Verbindung zu treten. Versuche, mit den Kollegen Frankreich, Englands und Belgiens in Fühlung zu kommen, scheiterten. Darauf begrüßte Kollege Huß im Namen der Stuttgarter Organisation die erschienenen Vertreter in der herzlichsten Weise, ihren Beratungen besten Erfolg wünschend. Glückwünsche zu der Tagung sandten der amerikanische und der norwegische Malerverband.

Zum Vorsitzenden bestimmte die Konferenz den Kollegen Poulsen und zum Schriftführer den Kollegen Graf. Die aufgestellte Tagesordnung wurde angenommen, worauf Kollege Streine seinen Bericht als internationaler Sekretär erstattete, der die Jahre 1918 bis 1919 umfaßte. Da die einzelnen Jahresberichte gedruckt vorlagen, auch im „Vereins-Anzeiger" alljährlich darüber berichtet wurde, konnte sich der Redner auf bestimmte Punkte beschränken und die Arbeiten erwähnen, die während der Kriegszeit zur Aufrechterhaltung des Sekretariats geleistet worden sind. Von Finnland, Kroatien und Ungarn sind in den letzten Jahren keine Berichte eingegangen. Die angeschlossenen Verbände zählten am Schlusse des Jahes 1919 74 470 Mitglieder. — Ueber die Einnahmen und Ausgaben des Sekretariats lagen die Abrechnungen von 1912 bis einschließlich 1919 vor. Der Gesamtbestand betrug am Jahresschlusse 1919 6982,86 *M*. Der jetzige Bestand beträgt 16 828,51 *M*, davon entfallen 8000 *M* auf die Summe, die die Newyorker Kollegen als erste Rate einer größeren Unterstützungsaktion gesandt haben. — Nach kurzer Aussprache erklärte sich die Konferenz mit der Tätigkeit des Sekretärs einstimmig einverstanden.

Zum zweiten Punkt: Berichte der Delegierten über den Stand der von ihnen vertretenen Organisationen, wies vorerst Kollege Poulsen auf seinen schriftlich vorliegenden Bericht hin. Groß war 1919 die Arbeitslosigkeit in Dänemark; mußten doch für 585 000 Tage Unterstützung gezahlt werden, die 2 532 000 Kronen betrug, wovon der Staat 2 Millionen Kronen leistete. Jedes Mitglied mußte einen Extrabeitrag von 21 Kronen entrichten. Insgesamt zählte der dänische Malerverband am 1. Juli 1920 70 Filialen mit 6053 Mitgliedern. Seit dem 1. Mai 1920 ist der Achtstundentag eingeführt. Dann berichteten Kollege Böhrer sehr eingehend über die Lage des Malergewerbes in Oesterreich, Kollege Ljungquist über Schweden, Jensch über Holland, Graf über die Schweiz (der Verband hat 20 Jahre bestanden und ist am 1. Juli dieses Jahres mit dem Bauarbeiterverband verschmolzen), Streine über Deutschland. Auf die einzelnen Berichte kommen wir noch ausführlicher zurück.

Der Punkt 8 der Tagesordnung: Unsere Lohn- und Tarifpolitik war zum Teil schon bei den Berichten über die Tätigkeit der Verbände in den einzelnen Ländern mitverhandelt worden. Allgemein wurde festgestellt, daß in allen Ländern die Entwicklung zum Reichs- beziehungsweise Landestarif geht; solche sind in Dänemark, Deutschland, Holland und Norwegen eingeführt und in den andern Ländern im Entstehen begriffen. Von der Schweiz wird größter Wert auf recht kurzfristige Verträge gelegt; von allen andern Vertretern wird dies als eine rein taktische Frage betrachtet. Daß Mindestlöhne festzusetzen sind, wurde als selbstverständlich angesehen, ein von der Schweiz verlangtes Verbot aller Akkordarbeit konnte schon deshalb nicht beschlossen werden, weil zum Beispiel in Dänemark und größtenteils in den andern nordischen Ländern fast nur in Akkord gearbeitet wird und zwar mit Zustimmung der Gehilfenschaft. Der Achtstundentag ist mit Ausnahme der Schweiz in allen Ländern durchgeführt, im Genuß von Ferien befinden sich die Gehilfen in Oesterreich durch Gesetz und in Norwegen durch Tarifvertrag. Der Wert der Tarifverträge, besonders auch zur Förderung des Arbeiterschutzes und des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Produktionsprozeß wurde allgemein anerkannt und der internationale Sekretär beauftragt, durch Materialsammlung und -austausch sowie durch fachdienliche Anregungen den Ausbau der Tarifverträge zu fördern.

Zur Frage des Achtstundentages wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

> Die Konferenz stellt fest, daß der Achtstundentag im allgemeinen in den der Internationale im Malergewerbe angeschlossenen Ländern und darüber hinaus durch die Gesetzgebung und durch Tarifverträge durchgeführt ist. Sie fordert die Berufsgenossen und ihre Organisationen aller Länder auf, allen Versuchen energisch entgegenzutreten, die diese seit Jahrzehnten erstrebte und aus sanitären, beruflichen und sozialen Gründen gerade für das Malergewerbe ganz besonders dringend gewordene Maßnahme beseitigen wollen.

Ueber die in Zukunft notwendige Taktik der Gewerkschaften referierte Kollege Jensch. Er vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaften berufen seien, im Kampfe gegen den Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus an erster Stelle zu stehen; dem Kriege müsse mit dem Generalstreik gegegnet werden. Insbesondere sei eine genaue Definition zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg zu geben. Unser Beruf sei natürlich zu unbedeutend, um hier entscheidend tätig sein zu können, deshalb müßten die einzelnen Landeszentralen auf den Plan treten und hinter dem Internationalen Gewerkschaftsbund stehen, der zu allgemeinen Aktionen aufzurufen habe. Mit der in der Schweiz vertretenen Taktik des Alles oder Nichts, konnte sich Redner nicht befreunden. Nach größeren Kämpfen müßten auch Zeiten der Erholung folgen. Er verwies noch auf die musterhafte Abwehr des Kapp-Putsches durch das deutsche Proletariat; so nur allein sei die Reaktion zu bekämpfen. Den Sozialismus setzten nicht nur die Parlamente, sondern die hinter diesen stehende Masse des Volkes durch. Natürlich lasse sich eine Gesellschaftsform nicht von heute zu morgen und nicht durch Dekrete beseitigen und durch eine andere ersetzen. Er lasse sich durch das Wort Bolschewismus nicht schrecken, doch was vielleicht in Rußland gut sei, brauche noch lange nicht für andere Länder zu taugen.

Mit diesen Ausführungen erklärte sich zunächst Kollege Streine durchaus einverstanden. Er zeigte, von deutschen Verhältnissen aus betrachtet, daß infolge des unseligen Streites der politischen Meinungen, wenn die Rechte des arbeitenden Volkes bedroht sind, die Gewerkschaften auf den Plan treten müssen. Allerdings müßten alle Aktionen, soweit es sich nicht um elementare Ausbrüche des Volkswillens gegen plötzlich hervortretende Anschläge der Reaktion, wie etwa beim Kapp-Putsch, handelte, auf ihre Durchführung hin gut vorbereitet werden. (Hier knüpfte eine Aussprache über den letzten Streik gegen Horthy-Ungarn an.) Auch von allen andern Seiten wurden die gleichen Ansichten bekundet und allseitig die Notwendigkeit des stärksten Widerstandes gegen die Reaktion in allen Ländern durch die gemeinsame Aktion des Proletariats betont.

Die Frage der Gründung von Genossenschaftsbetrieben im Malergewerbe war auf Wunsch der schwedischen Kollegen auf die Tagesordnung gesetzt worden. In Schweden und Norwegen beteiligen sich unsere Bruderverbände durch Bereitstellung finanzieller Mittel an Produktivgenossenschaften für das Malergewerbe. Dieser Weg wurde besonders vom Vertreter der Schweiz auf Grund der dort mit diesem Vorgehen gemachten sehr schlechten Erfahrungen strikte abgelehnt, ebenso von allen andern Seiten. Von der deutschen Vertretung wurde erklärt, es scheine fast, als seien die früher in Deutschland mit korporativen Malerbetrieben gemachten ungünstigen Erfahrungen durch die langjährige Tätigkeit und den günstigen Stand der genossenschaftlichen Malereibetriebe unter anderm in Hamburg, Berlin, Nürnberg und Stuttgart korrigiert. Diese Betriebe liefern den Beweis, daß sie trotz hoher Löhne durch die Ausschaltung des Unternehmerprofits ihren Arbeitern günstige soziale Vorteile gewähren und so vorbildlich für die zukünftige Sozialisierung sein können. Doch ist trotzdem zu größter Vorsicht zu raten. Nur in Großstädten sind die Vorbedingungen unter sehr günstigen Verhältnissen gegeben. Besondere Vorsicht ist bei der Auswahl der Geschäftsführung geboten; die beschäftigten Gehilfen aber müssen großen Pflichteifer an den Tag legen. Jedenfalls sei eine finanzielle Beteiligung unserer Organisationen abzulehnen. — Dagegen empfehle sich die Unterstützung der Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe allgemein. In diesem Sinne wird in Deutschland und demnächst wohl auch in Oesterreich gewirkt.

Punkt 5 der Tagesordnung: Die Berufskrankheiten und Unfallgefahren im Maler- und Lackierergewerbe und deren Bekämpfung durch gesetzliche Maßnahmen, war zur Besprechung gestellt worden, um durch einheitliche Maßnahmen in allen Ländern diese Frage im Interesse unserer Berufskollegen zu fördern und die gesundheitlichen Schäden soweit als möglich einzuschränken. Kollege Streine gab eine Uebersicht über das auf diesem Gebiete bisher vom deutschen Verband Geleistete, dabei hervorhebend, daß unermüdlich gearbeitet werden müsse, bis auf gesetzlichem Wege die errungenen Fortschritte festgelegt werden können. Die seit 1905 bestehenden Verordnungen bedürfen einer besseren Regelung. Wieweit ein gesetzliches Verbot der Bleifarbenverwendung zu erreichen ist, sei noch nicht ersichtlich, der deutsche Verband werde aber durch weitere Eingaben das zu erstrebende Ziel nicht aus dem Auge verlieren. In Oesterreich arbeiten, wie Kollege Böhrer ausführte, seit 20 Jahren unsere Kollegen Hand in Hand mit der deutschen Organisation. Manche Fortschritte seien auch dort erzielt worden. Zu bedauern sei nur, daß trotz Deklarationszwang und Verbot des Bleiweißanstrichs bei Innenarbeiten, die Kollegen selbst zu gleichgültig unsern Schutzbestrebungen gegenüberstehen. Festgestellt könne werden, daß infolge der gesetzlichen Maßnahmen die Bleierkrankungen zurückgegangen sind. In der Schweiz werden die Bleikrankheiten als Berufsunfälle anerkannt; es bedürfe aber die aufgestellte Giftordnung einer gründlichen Revision und Verbesserung. Von Dänemark und den übrigen nordischen Ländern wurde berichtet, daß dort nur Zinkweiß, und zwar auch zu Außenanstrichen, verwendet wird.

Kollege Graf schilderte ausführlich, wie schwer es sei, das Interesse der Aerzte für diese wichtigen Fragen zu finden. Auch Genosse Käppler wies darauf hin, wie

schwer es war, die Frage des Arbeiterschutzes in der Schweiz in Fluß zu bringen. Der Vorschlag Streines, in allen Ländern, die der Internationale angeschlossen sind, auf diesem Gebiete gemeinsam vorzugehen, sei nur zu unterstützen. Es wurde beschlossen, daß das Internationale Sekretariat eine Denkschrift ausarbeitet, die den übrigen Ländern als Unterlage für ihre besonderen Eingaben dienen soll.

Hierauf gab die Konferenz ihre Meinung über die von ihr behandelten wichtigsten Fragen einstimmig durch eine vom Kollegen Streine vorgelegte Resolution nach unwesentlichen Aenderungen wie folgt kund:

Die zweite Internationale Konferenz der Organisationen des Malergewerbes erblickt in der Führung des Kampfes der Arbeiterschaft um den vollen Ertrag ihrer Arbeitskraft, um die soziale und politische Gleichstellung aller Menschen und die Beseitigung der Privatwirtschaft durch den Sozialismus, die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Konferenz ist sich der Schwierigkeiten, die der Sozialisierung im Malergewerbe entgegenstehen, voll bewußt und empfiehlt daher den angeschlossenen Organisationen, nach Möglichkeit die gleichen Bestrebungen im Baugewerbe zu unterstützen.

Die Konferenz ist nach wie vor überzeugt, daß die Arbeiterschaft zu ihrem Ziele nur durch den vom Willen des gesamten Proletariats vorwärts getriebenen Klassenkampf auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens gelangen kann, und daß in diesem Kampfe die Gewerkschaften ungehemmt durch politische Meinungskämpfe hervorragend tätig sein müssen.

Das hat in allen Ländern zu geschehen durch die Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere gegen jeden Krieg durch den Generalstreik und durch die Propaganda gegen den Kapitalismus und Militarismus.

Außer der Lösung dieser Aufgaben muß der Kampf wie bisher auch weiter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Durchsetzung aller sozialen Maßnahmen, auf die besonders die Arbeiterschaft des Malergewerbes wegen ihrer meist gesundheitsschädlichen und mit Unfallgefahren verbundenen Arbeit Anspruch erhebt, unvermindert weitergeführt werden.

Zur Frage des Ausbaues oder der Umformung unserer Internationale wurde nach längerer Aussprache folgende Erklärung festgelegt:

Der Verschmelzung mit der Internationale der Bauarbeiter stimmt die Konferenz im Prinzip zu. Bedingung für die Verwirklichung dieses Beschlusses ist, daß die Berufsgruppen der Maler in den Bauarbeiterverbänden der verschiedenen Länder gemeinsam mit den noch bestehenden selbständigen Berufsorganisationen die in Betracht kommenden Berufsfragen besonders behandeln, Material über Angelegenheiten des Berufes und der Arbeiterverhältnisse sammeln und zugängig gemacht erhalten können und nach Bedarf Gelegenheit zu besonderen Beratungen bekommen.

Der internationale Sekretär wird beauftragt, die hierüber notwendigen Verhandlungen wahrzunehmen, über deren Resultate die angeschlossenen Verbände zu unterrichten und wenn eine geeignet erscheinende Basis gefunden ist, baldmöglichst Gelegenheit zu einer endgültigen Beschlußfassung zu geben.

Der am 12. September 1911 von der ersten Internationalen Konferenz unserer Zentralverbände beschlossene Kartellvertrag bleibt mit einigen unwesentlichen Aenderungen weiter bestehen.

Zum internationalen Sekretär wurde Kollege Streine einstimmig wiedergewählt.

Hierauf konnte dieser nach dreitägigen gründlichen Beratungen unter allseitiger Zustimmung mit der Versicherung schließen, daß die vorher vielleicht nicht allseitig gehegten Erwartungen auf das praktische Resultat der Verhandlungen in diesem verhältnismäßig kleinen Kreise weit übertroffen worden seien. Viele wertvolle Informationen und sehr nützliche Anregungen seien aus den Beratungen hervorgegangen, wichtige Beschlüsse seien gefaßt und in mündlichen Resumees — die den Verbänden durch das aufgenommene Protokoll zugänglich gemacht werden würden — niedergelegt. Die Konferenz werde unsere zukünftige Organisationstätigkeit bestimmt nach vielen Seiten hin befruchten.

Jahresbericht des 4. Bezirks.

Die allgemein gehegten Erwartungen sind im ersten Jahre nach der Revolution nicht in Erfüllung gegangen. Die Lebenshaltung wurde statt billiger teurer und die erwartete bessere Arbeitsgelegenheit blieb in den ersten Monaten aus, was große Unzufriedenheit auslöste. Erst langsam trat eine Besserung der Geschäftslage ein, die bis Mitte des Jahres in den Industrieorten und den Orten mit Kriegsgewinnlern bis zur Hochkonjunktur stieg. Die Möbel-, Waggon- und Automobilindustrie, die recht bald reichlich mit Aufträgen versehen wurde, konnte die Anfang des Jahres vorhandenen Arbeitslosen nicht nur aufnehmen, sondern hatte teilweise Mangel an Arbeitskräften aufzuweisen. Die rasche Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände verlangte mit Naturnotwendigkeit, daß die Hauptitätigkeit der Lohnfrage gewidmet werden mußte. Diese Aufgabe war mit recht vielen Schwierigkeiten und Anstrengungen verbunden, weil die Stellen, mit denen verhandelt werden mußte, recht zahlreich und verschiedenartig waren. Die rasche Ausbreitung der Organisation brachte es mit sich, daß nicht nur allein zentral mit dem Westdeutschen Malermeisterverband, sondern mit zahlreichen Innungen örtlich verhandelt werden mußte. Ferner mußte gesondert mit den Möbelfabrikanten und den vielen Industriezweigen, wo unsere Mitglieder beschäftigt sind, über Lohnfrage und Tarifabschluß oft mehrere Tage verhandelt werden. In zahlreichen Fällen mußte schließlich der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen werden. Diese umfangreichen Arbeiten konnten nur durch die Mithilfe der Filialverwaltungen und einzelner hervorragend tätiger Kollegen bewältigt werden, was an dieser Stelle rühmend anerkannt werden muß.

Die Entwicklung in den 4 Quartalen war folgende:

1. Quartal	1871	Neuaufnahmen,	4407	Mitglieder
2. „	1611	„	5676	„
3. „	1872	„	6858	„
4. „	1108	„	7797	„

Der Agitation zur Werbung neuer Mitglieder konnte infolge der oben geschilderten Verhältnisse nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch war es infolge der Verkehrs- und Paßschwierigkeiten unmöglich, mit den während des Krieges eingegangenen Filialen und Zahlstellen in persönliche Fühlung zu treten, weshalb der Wiederaufbau in den meisten Fällen ohne Hilfe erfolgen mußte. Wenn trotzdem die Zahl der Mitglieder von 2288, die Anfang des Jahres in 19 Filialen mit 20 Zahlstellen vorhanden waren, auf 7797 in 80 Filialen mit 69 Zahlstellen stieg, so ist dies der erwachten Erkenntnis und dem Drange zur Organisation zuzuschreiben. Die Zahl derer, die der Organisation neu beitraten, betrug 5962, wars die höchste Aufnahmeziffer ist, die je in einem Jahre erreicht wurde.

Von diesen 7797 Mitgliedern arbeiteten 6287 in Malereibetrieben und 1500 in Lackierereien und Fabriken. 85 sind weibliche Mitglieder und 7 Lehrlinge. Zum Militär einberufen waren 2568 Mitglieder, wovon sich 1116 zurückmeldeten. Gefallen sind 208 Kollegen. Es haben sich somit etwa 1200 Mitglieder nicht wieder eingefunden, die teilweise wohl noch als gefallen betrachtet werden können, und ein nicht unerheblicher Teil ist der Organisation wieder neu beigetreten.

Den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung betreffs Beitragserhöhung und Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen stimmten die Mitglieder einmütig zu. In den meisten Fällen wurden die Beiträge so festgesetzt, daß für lokale Ausgaben und Ansammlung eines Kassenbestandes den Filialen die nötigen Mittel zur Verfügung stehen.

Um unsere Löhne der verteuerten Lebenshaltung anzupassen, traten wir mit dem Westdeutschen Malermeisterverband am 22. Januar zu einer Verhandlung zusammen, die sich auch mit der Tarifverlängerung und Festlegung des Achtstundentages beschäftigte. Nach längerer eingehender Besprechung wurde vom 15. Februar an eine Teuerungszulage von 15 ₰ für jede geleistete Stunde in allen Städten und Lohngebieten bewilligt. Ferner wurde einer Verlängerung des Vertrages bis zum 15. Februar 1920 zugestimmt und die Einführung des Achtstundentages vom 15. Februar an vereinbart. Gegen unsern Einspruch wurde die Arbeitszeiteinteilung von 8 bis 6 Uhr mit einer zweistündigen Mittagspause provisorisch festgelegt. Die Umrechnung der Löhne fand für jeden Ort gesondert auf Vertragslohn und Teuerungszulage statt.

Da die Einführung der zweistündigen Mittagspause in Mitgliederkreisen große Empörung hervorrief, Beschwerden über die Umrechnung der höheren als Vertragslöhne eingingen, die Arbeitgeber in Orten des besetzten Gebiets sich weigerten, den Achtstundentag einzuführen, und die Löhne den Verhältnissen nicht mehr entsprachen, fanden am 2. und 8. April erneut Verhandlungen statt.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, weil die Arbeitgeber an der zweistündigen Mittagspause festhielten und sie ihre Ortsgruppen durch Rundschreiben angewiesen hatten, keine höheren als die Vertragslöhne zu zahlen, da diese keine Mindestlöhne seien. Sie vertraten den Standpunkt, daß nur der festgesetzte Lohn zu zahlen sei, weshalb sich auch eine andere Umrechnung erübrigt habe. Ueber die Ortsgruppen im besetzten Gebiet hätten sie keinerlei Macht, um die Beschlüsse durchzuführen. Auch über die Höhe der Lohnzulage konnte eine Verständigung nicht erzielt werden, da wir mindestens die gegenwärtig gezahlten Bauarbeiterlöhne forderten, während die Bauarbeiter bereits wieder neue Forderungen gestellt hatten. Schließlich kam eine Verständigung auf folgender Grundlage zustande: Für die unbesetzten Orte des Industriegebiets wird vom 15. April an eine Zulage von 30 ₰ bewilligt, die Meister gewährleisten aber jedem Gehilfen über 20 Jahre einen Gesamtlohn von 2 M. für die Stunde; Gehilfen unter 20 Jahren erhalten 1,90 M. Die Arbeitszeiteinteilung ist von 7½ bis 12 Uhr und von 1½ bis 5 Uhr. In den Orten des besetzten Gebiets und außerhalb des Industriegebiets kann örtlich verhandelt werden, jedoch dürfen die vereinbarten Lohnsätze nicht überschritten werden. Nach dem 1. Juli kann wieder verhandelt werden. Mit dieser Vereinbarung konnten wir einverstanden sein, weil wir fast überall den Bauarbeiterlohn erreichten und im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 50 ₰ eintrat. Die Arbeitszeiteinteilung befriedigt deshalb, weil in den Orten, wo eine Verständigung über die durchgehende Arbeitszeit erzielt war, diese bestehen bleibt.

Zum dritten Male wurde über eine Teuerungszulage am 15. Juli für die am 8. April benannten Orte, der 2 weitere beitraten, verhandelt. Diese Zeit war insofern ungünstig, da die Reichsregierung eine namhafte Summe zur Senkung der Lebensmittelpreise bereitgestellt hatte. Die Arbeitgeber versuchten deshalb, jede Lohnerhöhung als unbegründet abzulehnen, ja, es bestand sogar die Neigung, der Herabsetzung der Löhne das Wort zu reden. Nach längerer Aussprache fand eine Einigung statt, die für 3 Monate, vom 21. Juli an, für Gehilfen über 20 Jahre eine Lohnerhöhung von 30 ₰ und für Gehilfen unter 20 Jahren von 20 ₰ pro Stunde brachte.

Recht schwierig war die vierte Verhandlung am 18. Oktober, die sich ebenfalls mit einer Erhöhung der Löhne beschäftigte. Die Arbeitgeber wollten von einer Gleichstellung der Löhne mit den Bauarbeitern, die 2,80 M. erhielten, nichts wissen und boten nur eine Zulage von 20 beziehungsweise 10 ₰ pro Stunde. Nach langer Aussprache und unserer Erklärung, daß wir die Kollegen nicht mehr halten könnten, wenn die Bauarbeiterlöhne nicht erreicht würden, gelang es uns, eine Erhöhung von 40 ₰, wovon 30 ₰ vom 22. Oktober an und 10 ₰ vom 15. Dezember an gezahlt werden, herauszuholen.

Nach jeder Verhandlung mit dem Westdeutschen Ma meisterverband mußten örtliche Verhandlungen mit den Or gruppen des besetzten Gebiets und den außerhalb des Industri gebiets gelegenen geführt werden; außerdem fanden auf d selben Grundlage die Verhandlungen mit Innungen st wo eine Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes nicht besta

Recht schwierig waren die Verhandlungen im besetz Gebiet über die Einführung des Achtstundentages. Mit A nahme von Cöln weigerten sich die Arbeitgeber in allen Ort den Achtstundentag einzuführen und stützten sich auf e Bekanntmachung der belgischen Besatzungsbehörde, wonc sie zur Durchführung der Verordnung der Volksbeauftrag nicht verpflichtet werden konnten. In Wirklichkeit ließ Bekanntmachung der Besatzungsbehörde durch beiderseit Vereinbarung die Einführung zu, verbot aber zur Dur führung die Anwendung von Zwangsmaßnahmen. In C feld, Aachen, Düren und Neuß stützten sich die Arbeitge aber auf die Bekanntmachung der Besatzungsbehörde u weigerten sich, der Einführung stattzugeben. Zum Teil unt stützten deutsche Behörden, die wir zur Schlichtung anrief weil die Schlichtungsausschüsse von der Besatzung aufgeho waren, das Vorgehen der Arbeitgeber. Um unsern M gliedern die Lohnerhöhung zu verschaffen, mußten wir mehreren Orten der Einführung der neunstündigen Arbei zeit zustimmen und wurde die Einführung des Achtstund tages auf einen späteren Zeitpunkt vereinbart. Nur M.-Gladbach und Rheydt war es bis Jahresschluß ni möglich, die achtstündige Arbeitszeit durchzusetzen, weil Arbeitgeber sich sträubten und Zwangsmaßnahmen nicht a gewandt werden konnten. Ebenfalls bereitete die Dur führung der beschlossenen Lohnhöhe große Schwierigkeit da immer erst die Gewerbegerichte oder der Demobilmachung kommissar zur Vermittlung angerufen werden mußte, wodu große Verzögerungen eintraten und unsere Mitglieder imm weit später in den Genuß der Erhöhung kamen.

Auch außerhalb des Industriegebiets mußten die M glieder des Arbeitgeberverbandes erst zur Zahlung der v einbarten Zulagen aufgefordert werden, wodurch ebenfal Verzögerungen eintraten und in der Regel der höhere Lo erst von einem späteren Zeitpunkt an gezahlt wurde.

Mit wenigen Ausnahmen wurde auch in den Orten, w mit Innungen ein Tarifvertrag abgeschlossen war, die n dem Westdeutschen Malermeisterverband vereinbarte Zula gezahlt.

Zur Arbeitseinstellung kam es in Cöln, weil d zentral vereinbarte Zulage im außerordentlich teuren besetzt Gebiet nicht genügte. Der Schlichtungsausschuß entschi für die Gleichstellung der Löhne mit den Bauarbeitern, die 2,50 pro Stunde erhielten.

Ebenfalls mußte in Bonn die Arbeit 8 Tage ruhe um die Arbeitgeber zu bewegen, einen Stundenlohn v 2,50 M. zu zahlen.

Die Solinger Arbeitgeber hatten ihren Austritt a dem Westdeutschen Malermeisterverband erklärt, weil glaubten, günstiger beim örtlichen Tarifvertrag wegzukomme Als dies nicht eintrat, beriefen sie sich auf die zentralen Ve handlungen, zahlten aber nach dreitägiger Arbeitseinstellu den geforderten Lohn von 2,50 M. pro Stunde.

Nach dreieinhalbtägiger Arbeitseinstellung bewilligte d Hammer Malerinnung die geforderte Zulage v 80 ₰ pro Stunde.

Die Soester Malerinnung weigerte sich, ein Tarif abzuschließen, weshalb mit Erfolg die Arbeit eingestel wurde. Schon im Frühjahr lehnten die Herren einen v dem Schlichtungsausschuß zustande gebrachten Tarif ab.

Am Jahresschluß bestanden im Bezirk 72 Tarife, wovo 1 unter den Reichstarif, 32 unter den rheinisch-westfälische Tarif und 39 unter örtliche Tarife fallen. Die Stundenlöhn betrugen am Jahresschluß im Durchschnitt 2,70 M. und b wegten sich zwischen 1,85 und 3 M.

Die Lohnbewegungen für die in Lackierereien u Fabrikbetrieben beschäftigten Kollegen, die sich mehrere Ma wiederholten, wurden in der Regel mit dem Metallarbeite und Holzarbeiterverband gemeinsam geführt. Zu Tarifa schlüssen kam es in 23 Fällen, an denen wir allein oder m den übrigen Gewerkschaften gemeinsam beteiligt sind. D Abschlüsse verteilen sich auf folgende Berufsgruppen: 6 Ve träge in den Möbelfabriken, 5 Verträge in Waggon- un Maschinenfabriken, 3 Verträge für die Karosserie- und Aut branche, 2 Verträge für die Kunstfigurenfabriken, 1 Vertra für die Schablonenfabriken, 2 Verträge für die chemisch Industrie, 3 Verträge für die Schwerindustrie und 1 Vertra für den Kohlenbergbau. Die festgesetzten Löhne bewegen si zwischen 2 und 4,40 M. pro Stunde und betragen unter ander für die Möbelfabriken zwischen 2 und 4,40 M., für die Waggon fabriken zwischen 2,75 und 4,34 M., im Bergbau 2,60 M wozu noch sonstige Vergünstigungen kommen.

Nicht ohne Kampf wurden die Verbesserungen in de Industrie durchgeführt, woran unsere Mitglieder in zahlreiche Fällen beteiligt waren. Größere Kämpfe fanden in den Möbel fabriken statt. Mit Erfolg führten unsere Kollegen gemeinsa mit den Holzarbeitern in Herford einen siebentägige Kampf um die Einführung der Ferien. In Oeynhausen un Lippe-Detmold wurde 7 Wochen lang um die Einführung respektive Verlängerung eines Vertrages gekämpft. Die Be wegung endete mit dem Abschluß eines Vertrages für da Wirtschaftsgebiet, wozu Herford, Oeynhausen und Lippe Detmold gehören. Weiter waren an einem großen Kamp am Niederrhein unsere Mitglieder der Waggonfabrik i Uerdingen beteiligt, der sich gegen die belgische Be satzung wegen schikanöser Behandlung richtete und nic ohne Erfolg nach einer Woche beendet wurde.

Dieser im engsten Rahmen gehaltene Rückblick zeigt, welch Fülle von Arbeit zu bewältigen war, er zeigt aber auch, da unser Verband mit Erfolg an der wirtschaftlichen Verbesserung arbeitete und den starken Zustrom zur Organisation als Erfolg buchen kann. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt werde konnten, so liegt es mehr an den Verhältnissen, als an de tätigen Personen, die ebenfalls sehr oft mit dem Erreichte unzufrieden waren, und daran, daß die vielen jung organisierte Kollegen noch nicht den notwendigen Gewerkschaftsgeist be saßen. Möge es in geeinter Arbeit gelingen, Aufklärung und zielbewußtes Handeln in die Kollegenkreise hineinzutragen, dann werden wir auch in Zukunft die gestellten Aufgaben erfüllen können.

Cöln a. Rh. **Otto Buchelt.**

Lohnbewegungen.

Lippstadt. Mit der Malerinnung wurde ein neues Lohnabkommen getroffen, wonach der Stundenlohn vom 16. August an um 30 ₰ steigt. Der Tariflohn beträgt 4,80 M. pro Stunde. Die Herren verlangten zuerst ernstlich die Herabsetzung der Löhne und mußten erst durch längere Ausführungen von der Unhaltbarkeit ihrer Ansicht überzeugt werden, wonach die obige Erhöhung erfolgte.

Tarifabschluß für das münsterländische Malergewerbe. Am 25. August wurde mit der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber für das münsterländische Malergewerbe auf der Grundlage des rheinisch-westfälischen Tarifvertrages ein Tarif abgeschlossen. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit für folgende Lohngebiete: Münster, Bocholt, Dülmen, Gronau, Coesfeld, Rheine, Borken, Rheda, Ahlen, Lüdinghausen, Gemen und Gescher. Es wurden 4 Ortslohnklassen gebildet. Die Löhne für Gehilfen über 20 Jahre betragen in der ersten Ortsklasse 5 M., in der zweiten Ortsklasse 4,60 M., in der dritten Ortsklasse 4,10 M. und in der vierten Ortsklasse 3,50 M. pro Stunde. Die festgesetzten Löhne gelten vom 1. September an bis zum 31. Oktober 1920 und unterliegen einer vierwöchigen Kündigungsfrist.

Lackierer.

Melle. Die Möbelfabrik von Gebrüder Kruse hat mehrfach Kollegen aus fester Arbeit durch allerlei Versprechungen, die sie aber nicht gehalten hat, zu sich hingelockt. Dadurch sind die Kollegen brotlos geworden. Wir warnen deshalb die Kollegen, bei der Firma Gebrüder Kruse in Arbeit zu treten.

Aus unserm Beruf.

Eine Zahlstellenkonferenz der Filiale Hamburg fand am Sonntag, 5. September, statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Situationsbericht. 2. Stellungnahme zu dem Protest der Zahlstelle Bramfeld gegen die Aufstellung einer Kandidatenliste zur Wahl eines Filialangestellten. 3. Die Wiedereinführung der Vertreterversammlungen. 4. Organisationsangelegenheiten. Nicht erschienen waren Vertretungen von Ahrensburg, Altrahlstedt, Bergedorf, Itzehoe, Oldesloe, Pinneberg, Schiffbek, Winsen. Zu Punkt 1 gab Kollege Buch einen Rückblick auf die Entwicklung unseres Tarifverhältnisses. Der Tarifgedanke hat seine vornehmlichste Förderung von Gehilfenseite gehabt. Ihn trotz aller Widerstände seitens der Arbeitgeber und wohlberechtigter Bedenken in eigenen Reihen verwirklicht zu haben, war eine soziale Tat. Hierüber muß in weit größerem Maße als geschehen, und vor allem unter den neugewonnenen Mitgliedern, Aufklärung geschaffen werden; denn Tarifverträge sind das Mittel, in möglichster Weise den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Kollegenschaft Rechnung zu tragen. Die Aufklärung tut um so mehr not, als die Arbeitgeber drauf und dran sind, das Tarifverhältnis zu Fall zu bringen. Demgegenüber ist zu beachten, daß die Verbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages sowohl als auch der am 9. August 1920 festgesetzten Löhne demnächst von seiten des Reiches erfolgen wird. Damit ist nicht gesagt, daß uns der Tarif befriedigt. Ferienfrage, Lehrlingswesen haben keine Lösung gefunden. Zu letzterem wird demnächst eine günstigere gesetzliche Regelung erscheinen. War es uns auch möglich, den Lohn unserer Kollegen in gleichem Maße wie den anderer Berufe zu heben, so muß doch festgehalten werden, daß der Lohnwert gegen 1918 gesunken ist. Die Angabe der Arbeitgeber, bei den heutigen Löhnen keine Arbeitsaufträge einholen zu können — womit diese ihren Antrag auf Lohnabbau begründen —, ist insoweit nicht stichhaltig, als auch bei größerem Lohnabstrich die Wirkung vermehrter Aufträge für unser Gewerbe nicht erzielt werden wird. Eine Möglichkeit hierzu gäbe vielleicht eine Steigerung der Mieten, wenn diese den Hausbesitzern entzogen und rein für Renovationen und Neubauten verwandt würde. Jedenfalls muß klar erkannt werden, daß die Forcierung der Lohnabbaufrage, wie sie seitens der Unternehmer betrieben wird, uns in heftige Kämpfe hineinbringen wird. Tonn besprach das tarifliche Verhältnis im Filialgebiet. Wie wenig die Forderung der Unternehmer auf Senkung der Löhne zurzeit berechtigt ist, sagt deutlich das Gutachten des Wirtschaftsrats Hamburg, das in dem kategorischen Satz gipfelt: Erst Abbau der Preise, dann Abbau der Löhne. Der wirtschaftliche Aufbau kann nur Gemeinarbeit aller bezüglichen Organisationen sein. In der anschließenden regen Aussprache wurde allseitig betont, daß alle Kräfte angespannt werden sollen, das Tarifverhältnis auszubauen und den beabsichtigten Abbau der Löhne abzuweisen so lange, als nicht die Preise für die Lebensnotwendigkeiten einen erträglichen Stand erreicht haben und stabil geblieben sind. An zweckmäßigen Maßnahmen, die dieses zum Ziel haben, sind wir jederzeit bereit mitzuwirken und beanspruchen diese Mitwirkung. Buch sprach in seinem Schlußwort nochmals dafür, daß Bedacht genommen werden muß, in den tariflichen Abmachungen der Orte eine größere Einmütigkeit zu erzielen. Für die Zukunft gelte es für alle Kollegen: Auf dem Posten sein. Zu Punkt 2 legte zunächst Kollege Tonn den Gang der Wahlhandlung, soweit sie bis jetzt getan ist, dar. Die Ausschreibung, die Prüfung der Bewerbungen und Ausarbeitung eines Wahlaufsatzes durch die Filialverwaltung geschah im Auftrage der Mitgliederversammlung Hamburg. Diejenige Mitgliederversammlung Hamburg jedoch, die gleichzeitig, wie die Versammlungen der übrigen Zahlstellen, die Wahl vornehmen sollte, lehnte den Wahlaufsatz als zu eng ab und beauftragte eine Kommission mit der neuerlichen Prüfung der Bewerbungen und Neuaufstellung der Vorschlagsliste. Die letztere ist dann von einer folgenden Mitgliederversammlung Hamburg anerkannt und nun sämtlichen Zahlstellen zur Wahl vorgelegt worden. Hiergegen richtet sich der Protest Bramfeld. Tonn hat mehrfach, aber erfolglos versucht, Bramfeld zur Rücknahme des Protestes zu veranlassen. Der Hauptvorstand, dem der Protest zugewiesen worden ist, hat die sachliche Berechtigung des Protestes anerkannt, empfiehlt aber, eine Einigung zu versuchen. Der Filialvorstand schließt sich der Auffassung des Hauptvorstandes an und schlägt vor, beide Wahlaufsätze, den ersteren der Verwaltung und den zweiten der Kommission, zu verschmelzen und so der Mitgliedschaft zur abermaligen Wahl zu unterbreiten. Kollege Berger begründete die Stellungnahme der Zahlstelle Bramfeld. Schon als der erste Wahlvorschlag kam, habe Bramfeld aus Protest nicht gewählt. Nach einiger Zeit sei ihnen ein neuerlicher Wahlaufsatz zugestellt worden, von dessen Entstehung sie nichts wußten. Sie protestierten in aller Form gegen die Wahl, da die Zahlstellen bei der Auswahl der Kandidaten nicht beteiligt gewesen sind. Die Aussprache, in der ausschließlich Hamburger Kollegen zur Sache sprachen, die in ihrer Mehrzahl den Protest der Zahlstelle Bramfeld abwiesen, wird zum Teil recht erregt geführt. Schließlich zog Berger, Bramfeld, den Protest zurück. Die Wahl des dritten Angestellten, die bis zur Stichwahl gediehen war, soll tunlichst bald erledigt werden. Bei der Verhandlung des dritten Punktes schildern fast sämtliche Vertreter der Zahlstellen, wie sehr bei ihnen die Organisationsarbeit leidet infolge der geringen organisatorischen Fühlung mit der Filiale. Zur Erzielung größerer Einheitlichkeit des Wirkens für die gemeinsamen Interessen ist die Wiederbelebung der Vertreterversammlung unbedingt zu fordern. Tonn weist darauf hin, daß seitens des Filialvorstandes im Auftrage der Hamburger Mitgliedschaft bereits Richtlinien für die Neuerrichtung des Vertreterkörpers ausgearbeitet werden, die demnächst der Mitgliedschaft der Filiale unterbreitet werden. Bei Punkt 4 wird unter mehrerem die Regelung der Beitragsfrage derart vorgenommen, daß die Zahlstellen, die außerhalb des Hamburger Lohngebiets liegen und einen geringeren als den Hamburger Lohn haben, von der jetzt vorgenommenen Beitragserhöhung ausscheiden. Dafür verzichten dieselben auch auf die besonderen Unterstützungszuschüsse aus der Filialkasse. Tonn schließt die Konferenz mit dem Wunsche, daß die gepflogene Aussprache für die Organisation zum Nutzen wirken möge.

*

Recklinghausen. Im Kreise Recklinghausen, wo unsere Zahlstellen Buer, Gladbeck, Bottrop, Herten und Horst-Emscher liegen, hatten wir von jeher die größten Schwierigkeiten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Vor dem Kriege wurden wir von den dortigen Unternehmern überhaupt nicht anerkannt, woran nicht zuletzt unsere Schwäche in den dortigen Gebieten schuld war. Nach der Umwälzung im November 1918 ist allerdings in dem Organisationsverhältnis auch dort eine Wendung zum Besseren eingetreten; jedoch ist es hier, wo es sich fast um reine Bergarbeiterbezirke handelt, mit der Arbeitsgelegenheit längst nicht so gut bestellt wie vor dem Kriege. Die Arbeitgeber machten uns deshalb bei jeder Lohnbewegung die größten Schwierigkeiten. Interessant war es jedoch, daß uns in allen Orten ständig erklärt wurde, daß man nicht abgeneigt sei, ebenfalls den in den übrigen Industrieorten vereinbarten Lohn zu zahlen, wenn auch die andern oben verzeichneten Städte den Lohn bewilligten. Da es sich um ein einheitliches Interessengebiet handelte, waren diese Wünsche der einzelnen Innungen nicht so ganz unberechtigt. Es wurde deshalb von unserer Seite versucht, eine Vereinigung der einzelnen Innungen zustande zu bringen, womit wir auch im Sommer dieses Jahres Glück hatten. Man hätte nunmehr annehmen sollen, daß alle Schwierigkeiten bei der Durchführung der Löhne vorbei wären, jedoch weit gefehlt, jetzt machte sich erst recht der Einfluß der rückständigen Innungen bemerkbar, und es war besonders die Malerinnung Recklinghausen, die glaubte, auch jetzt noch nicht nur im Lohn niedriger zu bleiben, sondern auch noch eine dreifache Staffelung in den Löhnen einführen zu müssen. Allerdings hatte sich die Innung Recklinghausen diesen Luxus schon länger geleistet, während sich die übrigen Orte mit einer Verspätung den Vereinbarungen zwischen den großen Organisationen anpaßten. Nachdem sich nun die Innungen vereinigt hatten, wußten es die Recklinghauser durchzusetzen, daß nunmehr überall die Dreistaffelung der Löhne durchgeführt wurden. Die Gehilfenorganisationen zu diesen Vereinbarungen hinzuzuziehen, hielt man natürlich wiederum für überflüssig, und man setzte als selbstverständlich voraus, daß sich die Gehilfenschaft damit abfinden müßte. Unsere Kollegen waren jedoch anderer Meinung und hatten die Absicht, durch eine Arbeitsniederlegung den Unternehmern begreiflich zu machen, daß auch wir heute bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken wollen. Dem Einfluß der Organisationsleitungen war es zuzuschreiben, daß zunächst die Schlichtungsinstanzen angerufen wurden. Der Schlichtungsausschuß Recklinghausen lehnte unsern Antrag auf Verhandlungen ab, weil kein Tarifvertrag vorhanden sei. Darauf riefen wir den Staatskommissar in Dortmund an, und es fanden vor diesem am Mittwoch, 8. September, die Verhandlungen statt. Auch in diesen Verhandlungen zeigte sich wieder, daß es den Arbeitgebern in erster Linie darauf ankam, die Löhne eigenmächtig ohne Mitwirkung der Gehilfenorganisation festzusetzen. Der Vorsitzende der Arbeitgeber erklärte selbst, es handle sich bei den älteren Gehilfen doch nur um eine Kleinigkeit (für das Jahr umgerechnet aber um 720 M), woraus man sieht, daß man die Mitwirkung der bösen Gehilfenorganisationen verhindern wollte, jedenfalls, um den Gehilfen zu zeigen, wie sozial und fortschrittlich die Meister seien. Dabei darf man natürlich nicht vergessen, daß auch die eigenmächtige Festsetzung der Löhne immer erst dann geschah, wenn wir anderweitig bereits höhere Abschlüsse getätigt hatten und dadurch den dortigen Meistern das Feuer unter den Nägeln brannte. Jedenfalls waren die Gehilfenvertreter in der Lage, in der Verhandlung genügend Material beizubringen, daß auch der Schlichtungsausschuß des Staatskommissars nicht anders konnte, als unsern Forderungen gerecht zu werden. Nach längeren Verhandlungen und Sonderberatung wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„In den Lohngebieten des Kreises Recklinghausen beträgt vom 1. September 1920 an der Stundenlohn für Gehilfen über 20 Jahre 5,80 M, für Gehilfen unter 20 Jahren beträgt der Stundenlohn 20 ₰ weniger. Im ersten Jahre nach beendigter Lehrzeit unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gehilfen, soweit letztere das 20. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben. Die Löhne sollen so lange gezahlt werden, als sie nicht vom Westdeutschen Malermeisterverband mit der Gehilfenorganisationen durch Aenderung des Tarifs anders festgesetzt werden. E. Engelbach, Essen.

Richtigstellung. In dem Eingesandt „Die Gewerkschaften und die Pfuscharbeit" sind einige Fehler richtigzustellen. Im ersten Absatz, Zeile 5, muß es statt „praktischer" politischer heißen. — Im Absatz 3, Seite 143, Zeile 16, ist anstatt „natureller" materieller zu setzen.

Aus Unternehmerkreisen.

Sächsischer Malertag. Der Verband sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer hielt am 29. und 30. August in Frankenberg eine Hauptversammlung ab. Nach dem dort erstatteten Geschäftsbericht umfaßt der Verband 28 Innungen mit 1590 darin organisierten Arbeitgebern. Der Vermögensbestand beträgt rund 8000 M. Außer einer Reihe organisatorischer Fragen von keinem öffentlichen Interesse stand ein Vortrag des Syndikus vom Landesausschuß des sächsischen Handwerks, Weber, Dresden, über die Forderungen des Handwerks zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Der Referent vertrat hierbei folgende Forderungen: 1. Anerkennung des Handwerks als selbständigen Berufsstand; 2. Erhaltung der selbständigen Form des Handwerksberufes, daher Ablehnung aller Sozialisierungsbestrebungen für das Handwerk; 3. eigene Vertretung des Handwerks im Reichswirtschaftsrat; 4. das Recht der Selbstverwaltung der Handwerkerverbände, um fachliche Fragen selbständig ohne behördliche Bevormundung erledigen zu können; 5. Erhaltung der Meisterlehre und des Meistereinflusses auf den Handwerkslehrling, Ablehnung der Forderung des Gewerkschaftskongresses in Nürnberg über die Ausbildung der Lehrlinge in Lehrwerkstätten; 6. Anerkennung der beruflichen und wirtschaftlichen Organisationen des Handwerks; 7. Ausbau der sozialen Gesetzgebung für das Handwerk, Ablehnung der Ortskrankenkassen für Handwerker.

Nach einem Vortrage des zweiten Vorsitzenden Dahlinger, Dresden, über die Verhandlungen des deutschen Malertages in Erfurt wurde der korporative Anschluß des sächsischen Verbandes an den dort gegründeten Reichsbund beschlossen. — Weiter beschäftigte man sich mit der Organisierung des gemeinsamen Rohstoffbezuges.

Etwas überraschend kam den weniger Eingeweihten der Entschluß des bisherigen Vorsitzenden, Herrn Schirmer, wegen Gesundheitsrücksichten zurückzutreten, wozu sich Obermeister Schumann, Leipzig, zu der Erklärung veranlaßt sah, daß der bisherige Nichtbeitritt der Leipziger Innung zu dem Landesverbande nicht mit der Person Schirmers in Verbindung zu bringen sei. Als Verbandsvorsitzender wurde Herr Dahlinger, Dresden, gewählt. Den Posten des zweiten Vorsitzenden übernimmt Herr Schirmer. Für die vom Reichsbund zu erledigenden Aufgaben wurde ein Ausschuß bestimmt. Die Bildung dieses Ausschusses wird der Leipziger Innung unter der Voraussetzung übertragen, daß sie Mitglied des Landesverbandes wird.

Gewerkschaftliches.

Nachstehenden Appell an die alten Gewerkschafter sendet uns die Ortsgruppe Elberfeld-Barmen des Zentralverbandes der Angestellten:

So wie Ihr sind auch Eure Kinder verdammt, dem Kapitalismus zu fronen; als Kopf- oder Handarbeiter sind sie berufen, dem Kapital die Jugend zu opfern. Wenig bietet ihnen das Leben. Wo in dem Elternhause der freigewerkschaftliche Gedanke richtig bewertet, gehegt und gepflegt wurde, ist es selbstverständlich, daß der junge Kopfarbeiter sich organisiert im Zentralverband der Angestellten. Aber viel wurde gesündigt von Euch Alten, nicht immer pflanztet Ihr den freigewerkschaftlichen Gedanken in das Herz Eurer Kinder, wo er als reife Frucht den Weg zur „richtigen" Organisation zeigt. Gerade wir Handelsangestellten leiden unter den Sünden der Vergangenheit und unter der Gleichgültigkeit der Gegenwart.

Fast immer sind es Proletarierkinder, die unter den Augen der Väter und Mütter den Weg in die bürgerlichen Verbände gefunden haben und zu Feinden des freigewerkschaftlichen Gedankens werden. Unter den nichtigsten Vorwänden wird oftmals die Organisation gewechselt. Es ist ein beschämendes Gefühl, dies immer und immer feststellen zu müssen. Helft uns, Ihr alten Gewerkschafter. Veranlaßt unter allen Umständen Eure Töchter und Söhne, soweit sie als Kopfarbeiter in Frage kommen, sich dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.

Die Lohnkämpfe im Zimmererverband waren im ersten Halbjahr 1920 fast fortwährend im Gange. Zu Anfang des Jahres galten sie der Durchführung der im Dezember 1919 durch zentrale Verhandlungen vereinbarten zehnprozentigen Lohnerhöhung. Weiterhin bezweckten sie die Durchführung der im Februar dieses Jahres getroffenen, ebenfalls zentralen Vereinbarung, nach der die Stundenlöhne um 1 M. beziehungsweise 1,25 M. erhöht werden sollten. Mitte März sollten zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium beginnen über den Neuabschluß eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe. Von ihrem Verlauf machten die Unternehmer die bezirklichen und örtlichen Verhandlungen über den Abschluß von Lohn- und Arbeitstarifen abhängig. Infolge der Märzereignisse fanden die zentralen Verhandlungen erst am 31. März und 1. April statt. Ihr Ergebnis war ein Abkommen, nach dem die Stundenlöhne abermals um 1 M. und 1,25 M. erhöht und der Tarifvertrag bis 28. Mai 1920 verlängert wurde. Trotz Verbindlicherklärung dieses Abkommens durch den Reichsarbeitsminister mußte in vielen Orten darum gekämpft werden. Die weiteren zentralen Verhandlungen, die bereits für den 14. April in Aussicht genommen waren, wurden von den Unternehmern absichtlich verschleppt, ebenfalls die bezirklichen und örtlichen

Verhandlungen. Um den Widerstand der Unternehmer zu brechen, waren Streiks unumgänglich.

415 Lohnkämpfe hat der Zimmererverband im ersten Halbjahr 1920 führen müssen; davon waren 1924 Betriebe und 18 521 Verbandsmitglieder betroffen. Nicht in allen Fällen handelte es sich um Streiks zur Erkämpfung von Lohnerhöhungen, sondern auch um Abwehrkämpfe und Aussperrungen. An Unterstützung für diese Kämpfe wurden aus Verbandsmitteln insgesamt 1 860 000 M. ausgegeben. Wie die große Zahl der Lohnkämpfe erkennen läßt, lebt im Zimmererverbande trotz des langjährigen Tarifvertragsverhältnisses im Baugewerbe noch immer der alte Kampfgeist.

Sozialpolitisches.

Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge. Das Reichsarbeitsministerium hat neuerdings einige bemerkenswerte Entscheidungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge getroffen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium hat es festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung zu den nach § 12 des Reichseinkommensteuergesetzes steuerfreien Bezügen aus öffentlichen Mitteln zu rechnen ist. Ferner hat die Reichsregierung beschlossen, Anträgen, die die beteiligten Stellen in letzter Zeit mehrfach an sie gerichtet haben, stattzugeben und die Unterstützung, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit vielfach an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die öffentliche Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. — Ausnahmen von der Befristung der Erwerbslosenunterstützung auf 26 Wochen dürfen auch für gewisse Gruppen von Erwerbslosen erteilt werden. Dagegen hat sich der Reichsarbeitsminister nicht damit einverstanden erklärt, daß die Bewilligung von Ausnahmen lediglich von den Fürsorgeausschüssen ausgeübt wird. Sondern diese haben für diejenigen Einzel- und Gruppenfälle, in denen sie eine Fortgewährung der Erwerbslosenunterstützung für angebracht halten, alsbald die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen.

Vom Ausland.

Die 11. Generalversammlung des dänischen Malerverbandes.

Unser dänischer Bruderverband hielt in der Zeit vom 22. bis 27. August seine 11. Generalversammlung in Kopenhagen ab. Es waren anwesend 126 Delegierte; eine stattliche Anzahl für eine Organisation von rund 6000 Mitgliedern. Vom Ausland waren vertreten der holländische, der norwegische, der schwedische und der deutsche Verband durch Kollegen Streine.

Der von dem Vorsitzenden, Kollegen Paulsen, der dieses Amt nun schon seit 30 Jahren bekleidet, erstattete Geschäftsbericht umfaßte die letzten 5 Jahre. In dieser Zeit hat sich die Mitgliederzahl ganz bedeutend erhöht: von 3846 auf 6055. Auch die Kassenverhältnisse sind durchaus günstig, trotz der großen Unterstützungsleistungen besonders durch die ganz erhebliche Arbeitslosigkeit, von der unsere dänischen Kollegen in den letzten Jahren weit mehr als die Kollegen anderer Länder heimgesucht wurden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden über das ganze Land hinweg völlig einheitlich geregelt; auch der Achtstundentag ist durchgeführt. Der Mindestlohn betrug 1915 50 Oere, jetzt 1,88 Kr. bei einer Steigerung des Lebenshaltungskosten um 180 %.

Zum Geschäftsbericht entspann sich unter anderm eine kurze Debatte darüber, ob bei dem im Frühjahr stattgefundenen Regierungswechsel ein Generalstreik hätte inszeniert werden müssen, ferner wurde über den Wert von Malereigenossenschaften in Anlehnung an die Organisation gesprochen. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Bei der Beratung der Statut ist folgendes bemerkenswert: Der Verbandsbeitrag, der bisher während 40 Wochen 1,50 Kr. betrug, wurde verdoppelt, also auf 3 Kr. festgesetzt. Davon gehen 1,75 Kr. an die Arbeitslosenkasse, 0,80 Kr. an die Filialen und 0,95 Kr. an die Hauptverwaltung. Die Arbeitslosenunterstützung wird vom 1. Oktober 1921 an von täglich 2 Kr. auf 3 Kr., also um 50 % erhöht. Die Unterstützung bei Sterbefällen von Mitgliedern oder deren Frauen steigt sofort von 100 Kronen auf 400 Kronen. — Unfallunterstützung wird in Dänemark von den Unternehmern gezahlt, beziehungsweise durch eine von diesen dafür geschaffene Versicherung, jedoch erst von der 13. Woche an. Nunmehr zahlt der Verband in den ersten 13 Wochen 3 Kr. pro Tag. Gegen diese Ausgabe hat sich unser dänischer Verband bei einer privaten Gesellschaft versichert, und zwar mit 27 000 Kr. im Jahr beziehungsweise 4½ Kr. pro Mitglied. Der Vorstand wurde wiedergewählt, soweit einzelne Mitglieder nicht freiwillig zurücktraten. Bisher waren nur der erste und zweite Vorsitzende, die Kollegen Paul und Carlsen, fest angestellt. Die Generalversammlung wählte als besoldeten Kassierer den Kollegen Rasmussen hinzu. Der nächste Verbandstag soll nicht erst wieder nach 5, sondern bereits nach 3 Jahren stattfinden.

An den Verhandlungen, die mit größter Sachlichkeit und ohne besondere Leidenschaft geführt wurden, nahm auch je 1 Kollege der am 1. Juli von uns zum dänischen Verband übergetretenen Zahlstellen Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern teil.

Verschiedenes.

Als Leiter der Werkstelle für Farbkunde, die bekanntlich zur Ausgestaltung der Ostwaldschen Farbenlehre in Dresden gegründet worden ist, ist der Maler und Architekt Otto Krüger, München, berufen worden. Krüger, der sein Amt bald übernehmen wird, ist Mitglied des Münchner Künstlerbundes, der Sezession und des Deutschen Werkbundes. Er gründete 1897 die Vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk in München, die einen maßgebenden Einfluß auf das Kunstgewerbe nicht nur in München ausübten. Krüger siedelte 1909 nach Berlin über, wo er abermals eine Werkstatt gründete, in der er sich vorwiegend mit Farbenstudien für die Textilindustrie beschäftigte, um sich später ausschließlich mit der Farbenlehre zu beschäftigen, was zur Folge hatte, daß Krüger bei Erscheinen der Ostwaldschen Lehre sich sofort mit diesem in Verbindung setzte, so daß zwischen beiden ein enger wissenschaftlicher Verkehr besteht.

Literarisches.

Der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands im Jahre 1919. Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

Verband der Lithographen und Steindrucker. Rechenschaftsberichte und Protokoll des Verbandstages in Magdeburg vom 19. bis 25. November 1919. Verlag des Verbandes, Berlin N 24, Johannes Haß.

Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes 1919. Verlag: Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Berlin O 27.

Das Vortragsbuch. Ernste und heitere Gedichte für Arbeiterfeste. Mit einer Einleitung: Die Kunst des Vortrags. Ausgewählt und eingeleitet von Ernst Preczang. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 9 M. Der Herausgeber, einer unserer bekanntesten Arbeiterdichter, hat in dem vorliegenden Buche eine prächtige Auswahl an Beiträgen von 40 Dichtern, darunter die bekanntesten Arbeiterpoeten, geliefert. „Kampf und Ernst" ist die erste, „Humor und Satire" die zweite Abteilung betitelt; auch das Volkslied ist in beiden Rubriken vertreten. Alle, die mit dem Arrangement von Arbeiterfesten zu tun haben, werden in dem empfehlenswerten Buche leicht das erwünschte und geeignete Material finden.

Anfänge der Demokratie in England. Studien zur Geschichte der Levellerbewegung. Von A. Conradi. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW 68, Preis 4 M. Der bekannte Verfasser gibt in seinem Buche einen fesselnden Ueberblick über das Werden der Demokratie in England. Das Werk ist um so mehr der Beachtung wert, als die Folgen des Krieges aufzeigen, daß weder staats- noch wirtschaftspolitische Macht- und Zwangsmittel, wie sie von den alliierten Volksbeglückern in reichlichem Maße angewandt werden, imstande sind, die elementarste aller Kräfte, den Freiheitsdrang, zu brechen.

Vereinsteil.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Buch-Nr.	Bezahlt bis mit		Ort
Ademeit, Rudolf	65 048	27. Woche	1920	Berlin
Aust, Otto	61 080	25. „	1920	„
Arnold, Louis	50 818	31. „	1920	Altenburg
Berger, Max	57 967	24. „	1920	„
Beloch, Otto	68 825	25. „	1920	Berlin
Clement, Alfred	66 888	18. „	1920	„
Heß, Jakob	65 694	11. „	1920	Darmstadt
Hofmann, Franz	66 889	9. „	1920	Leipzig
Inselmann, Joh.	72 927	29. „	1920	Hamburg
Kappel, Karl	68 871	20. „	1920	Grünberg
Kühn, Otto	66 880	18. „	1920	Leipzig
Kersten, Emil	78 626	26. „	1920	Berlin
König	82 870	33. „	1920	Osnabrück
Lewer, Otto	57 486	30. „	1920	Halle
Lösch, Franz	55 189	32. „	1920	Senftenberg
Weide, Walter	55 988	12. „	1920	Leipzig
Mähl, Max	66 417	24. „	1920	Kiel
Müller, Ernst	58 951	24. „	1920	„
Neumann, David	93 618	11. „	1920	Stuttgart
Schlung, Heinrich	42 536	31. „	1920	Kiel
Thoma, Heinrich	66 385	24. „	1920	Frankf. a. M.
Tunge, Albert	44 488	26. „	1920	Berlin
Tobias, Jan	60 271	35. „	1920	Cuxhaven
Wilhelm, August	79 324	29. „	1920	Gotha.

J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Aachen. Am 28. August starb plötzlich unser Kollege Adolf Hoffmann, geboren am 13. September 1860 in Frankfurt a. M.

Berlin. Am 2. September starb der Kollege Friedrich Loose, geboren am 20. September 1881 in Berlin.

Crefeld. Am 18. September starb unser erster Vorsitzender, Kollege Josef Derksen, im Alter von 34 Jahren infolge Herzlähmung.

Eisenach. Durch Unglücksfall starb am 12. September unser Mitglied Elsa Seitz im Alter von 28 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 26. September bis 2. Oktober 1920 ist die 39. Beitragswoche.

Lesen Sie das Handbuch **„Neue ölfreie Grundiertechnik", von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,75 Mk. postfrei.**

Aus dem reichen Inhalt dieses einzigartigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: Einführung in die Neue Grundiertechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufrauhen — Aufquellen — Vom Grundieren — Heißölen und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Oel und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Lasierte Lackflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmaserungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Geölte Hölzer, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes — Wasserdichte Lackflächen — Die wasserdichtesten Weißlackierungen — Weißlackierungen auf rotem Untergrund — Seidenglanzlackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und ihre Härtung — Klebende Fenster und Türfalze, ihre Verhütung und Beseitigung — Isolierung von Anilinfarben — Isolieranstriche auf Teer, Karbolineum, verräucherten und verrußten Decken, Rost-, Fett- und Schmutzflecken, Wasserrändern — Isolierung von Mattlacken — Weißlackierungen auf Wachsmattlacken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Mißerfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstreicharbeiten aller Art.

Zu beziehen durch das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik", Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 6, o. j. Buchhandlg.

Malerfachschule Karlsruhe i. B. : Adlerstr. 29. : Die Schule steht unter staatlicher Aufsicht. Kursdauer 5 Monate. Anschließend Ablegung der Meisterprüfung. Kursbeginn am 4. Oktober. Programm durch die Direktion.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art zusenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 4 verschiedenen Höhen von 1½ bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 15 M. Frankoeinsendung. Albin Heimacher, Maler, Hilden (im Rhld.)

Abendkurse für neue Stil- u. Buntmalereien, auch für Kriegsbeschädigte, erteilt **Fr. Popp,** Hamburg-Eppendf., Kegelhofstr. 27, Hpt. Anmeldungen täglich.

Wilhelm Walter Oele, Lacke, Leime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Barrelstraße 72. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Firnis, Lacke, Leim, Schellack kauft jeden Posten. Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Straße 10, Königstadt 7317.

Vergrößerungen Porträts in Oel u. Photographie. Rahmen mit Anleitg. z. Selbstanzeichnen u. Uebermalen. Vermittlg., Provision. Porträtmaler W. Sommer, Mannheim S 2, 8.

Jeder Kollege bestelle sof. einen Probeband **„Der Dekorationsmaler"** 3 frühere Hefte mit 12 feinst. Farbentafeln, Preis 5 M. bei Voreinsendung des Betrages. **Quellen-Verlag, München 39.**

Pinsel m. Streichbürsten jeder Art für Industrie u. Handwerk liefert seit Jahren am vorteilhaftesten **H. W. Witte,** Berlin, Hufelandstr. 46. Tel.: Alex. 332.

„Moderne Farbenstimmungen" Praktisch schnelles Arbeiten, vornehme Farbenharmonie sofort erreichbar. Enthält herrl. Farbenzusammenst., Angaben über Mischen, Verwend. u. Haltbarkeit. Preis 50 M. (per Nachn.) C. Queck, Nürnberg, Frankhstr. 26.

Prima Lederleim, solange Bezugsscheinsystem, gegen Bezugsschein, später frei, in großen und kleinen Mengen, von 50 kg an, zu 24 M. per Kilo zu verkaufen. Anfragen erbeten unt. M. V. 1782 an Rudolf Mosse, Hamburg.

Die Erfolge eines Monats die im Unterricht von den deutschen und ausländischen Schülern des Maler-Technikums „Schott" seit circa 15 Jahren erreicht werden, übertreff. in jed. Hinsicht weit Ihre Erwartungen. Wollen Sie Vorteile f. Ihr praktisch. Leben u. d. Vorzüge d. staatl. anerk. Unterrichtsanst. kennen lern., d. laß. Sie sich d. f. Sie g. unverbindl. Aufklärungsschrift Nr. 12 nebst Lehrplan d. Einmonatskurse des Wintersemest. f. Gehilf., angeh. Geschäftsf., Meister, Betriebsl. u. f. Kriegsbesch. f. kostenl. k. v. Mecklenburgischen Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5.

Bücherei des Malers Geschichte der Dekorationsmalerei als Gewerbe. Grundzüge der Mal- und Anstrichtechnik. 2. Auflage. 2 feine Leinenbände zusammen 20 M. ohne Porto. **Hugo Hilligs Verlag,** Hamburg 22.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurse. Größte Schule für Dekorationsmaler! Goldene Medaillen u. Ehrenpreise. Prospekt durch die Direktion.

Türschoner aus Celluloid kauft man bei Eduard Isemann Bruchsal i. Baden. — Telephon 76.

Wer kennt d. Aufenthalt d. Kollegen **Caspar Klemann** 1912 von Nürnberg zur Marine eingerückt. — Um Auskunft bittet H. Kempa, Ostermündingen b. Bern i. d. Schweiz. — Unkosten werden zurückerstattet.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene **Volksfürsorge** *Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.*

Nr. 37 des „Correspondenzblatt" liegt heute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.